

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Wochensatz: 50 Pfennig. Saturtag: 100 Pfennig.
Gesellschaften nehmen die Nachdrucke
und die Ausgaben der Zeitung an.

Abonnementpreise: Die Abonnementpreise
bestehen aus Abonnement und
Ausgabe: 6.00 Mark, zweimalige
Ausgabe: 10.00 Mark. Zeitungs-Pausa-
tus: 2.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechender Rabatt.

Telegramme: Auerblatt Auerberg. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Poststempelkonto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 214

Mittwoch, den 13. September 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien sollen sofort wieder aufgenommen werden; trotzdem bringt Belgien auf Zahlung der August- und Septemberaten mit durch Golddepot sichergestellten Schachseinen.

Von gut unterrichteter Seite wird behauptet, daß der Stinnes-Bülow-Vertrag in dieser oder der nächsten Woche der Reparationskommission zur Begutachtung vorgelegt werden würde.

Der aus der Deutschen Nationalen Reichstagsfraktion ausgetretene Abg. Münzinger ist zur Deutschen Volkspartei übergetreten.

Der Dollart notierte heute vormittag an der Berliner Börse mit 1575.

Mehr Staatsgesinnung!

Von Paul Höfe.

Was ist der Staat? Humboldt und Schiller haben ihn dargestellt als den relativ vollkommenen Menschen, als den Menschen im vergrößerten Maßstab, der alle Erscheinungen des Kulturlebens in sich faßt, der alle menschlichen Kräfte äußert und vereinigt und wirkt läßt, die im einzelnen Menschen nur getrennt und zeitweilig in Tätigkeit treten. Der Staat ist, wie unsere bedeutenden Staatsrechtslehrer es ausgedroschen haben, eine Persönlichkeit, nicht nur eine sinnbildliche, sondern eine wirkliche. Denn das Merkmal der Persönlichkeit ist der Willen, und der Staat hat einen Willen, einen Gesamtwillen, der sich aber nicht nur aus den vielen Einzelwillen zusammensetzt, sondern selbstständiger Art ist, nur daß er von den Einzelwillen beeinflußt wird, ebenso wie diese in ihm aussehen, ohne doch ihre Eigenart zu verlieren. Der Staat steht zu seinen Bürgern in demselben Verhältnis wie der Mensch zu seinen einzelnen Sinnen. Seine von ihnen lebt auch ein Leben für sich allein. Ist sozusagen selbstständig und doch abhängig vom ganzen Menschen und ein Teil von ihm. Jedemfalls ist der Staat im Verhältnis zum einzelnen etwas Riesengroßes, etwas Erhabenes und Erfurchtgebietenes, etwas, was Wirkung einfließt und alle Kräfte mitfortzieht; er ist, wie Radclyffe im Neuen Geschlecht bemerkte, die in dieser sichtbaren Welt und entgegentrenden Größe, die allein alles umfaßt, was menschlich ist und durch das Selbstopfer, das ihm der Mensch bringt, ihn mit starken Kräften erhebt.

Der Begriff Staat ist vielsach falsch eingeschäfft worden. Um meistens trifft das vielleicht für die Zeit vor hundert Jahren zu, wo das deutsche Staatsleben wohl mit den tiefsten Stand erreichte, obwohl gerade damals das Gesellschaftsleben mit am meisten blühte. Die großen Weitläufigen und schlägt den eigenen Staat nur gering ein. Über auch nach dem Kriege von 1870 und 71 kam es noch vor, daß ein Niederlage, den man ja allerdings nicht als den Vertreter deutscher Staatsbewußtseins wie etwa Fichte oder später Treitschke hinstellen kann, das Wort aussprach: Der Staat sei das Würsteste aller Ungeheuer; da wo der Staat auftritt, beginnt erst der Mensch, der nicht überflüssig ist. Man wird nicht widerstreiten wollen, daß sich viele Leute die Anschauung dieses Wortes zu eigen gemacht hatten. Es gab viele, denen die Größe, die Heiligkeit, die Notwendigkeit des Staates niemals aufgegangen war, die daher auch nicht in das rechte innerliche Verhältnis zu ihm kamen, die gegen ihn murkten, an ihm herumherumzelten, die jedes Opfer nur gezwungen durchdrangen, die ihm fremd, teilsneidisch, teils gegenüberstanden, die seinen Fäden nicht erfassen, die sie selbst mit dem Staat unfehlbar verbanden, die sich nicht entblödeten, sich auf Kosten des Staates zu bereichern und dabei noch das Gefühl mangelten, damit ein Unrecht zu begehen. Daher klagte Kubitschek: Die wahrhaft sich erhebende, wahrhaft innerlich machende, bestiedigende, innere, übermenschliche hebende Staatsgesinnung, ach Gott, wie selten, wie selten! Gut rechten Staatsgesinnung! Zu ihr aber gehört die Einsicht in das Leben des Staates als einer zusammengefügten, höheren Form des Menschen, die Einsicht in den Segen seiner Einrichtungen und der aus solcher Einsicht hervorgehende Wille, an der Erhaltung und Verwaltung des Staates mitzuwirken, Opfer für ihn zu bringen und durch Eingehen in sein umfassendes Dasein über die eigene, beschränkte Existenzform hinaufgehoben, geabdet zu werden.

Die rechte Staatsgesinnung verlor sich sonderbarweise immer am meisten in Friedenszeit, wie man ja häufig das Gut nicht lädt, das man umgestört hat. Gegenüber hatten die Kriege, man denkt an den

Siebenjährigen, die Besetzung und Einführungskriege, fast immer auch eine Sättigung des Staatsbewußtseins zur Folge. Im Kriege zeigt sich's auch besonders, wie der einzelne für den Staat große Opfer bringen muß unter Umständen das eigene Leben, denn der einzelne steht ja doch selber oder später, aber der Staat muß bleiben, das deutsche Volk darf nicht untergehen. Selbst derjenige, der mit manchen Ercheinungen im Staatsleben durchaus nicht einverstanden sein darf, der wohl genug Grund zur Klage hat, muß dennoch seine Pflicht in dem Bewußtsein tun, daß er den bestehenden Staat natürlich befreien muß, wenigstens dem einzelnen das Recht durchaus verbleibt, an diesem und jenem Kritik zu üben und Wetteres an Stelle des Schlechteren heranzubringen.

Der Staat macht Gewaltshandlung ins Leben bezüglich, der selbstbewußte Bürger spürt oft nur zu sehr, wie der Staat seine schwere Hand auf so vielen Dingen und Lebensgewohnheiten lasten läßt. Und dennoch müssen wir es hindurchschlügen, wie unfehlbar wir auf Gerechtigkeit und Verdienst mit ihm verbunden sind, wie es uns wohlgeht, wenn es ihm wohlgeht, wie wir uns darüber freuen müssen, auch wo es uns noch so schwer fällt. Es kann leicht vorkommen, daß sich eine Maßnahme des Staates als falsch, als unfehlbar erweist. Dann müssen wir eben bedenken, daß er auch aus Menschen, die traten können, besteht. Stabilistisch redet daher vom Ständigen Staat. Uns sei genug, daß wir uns trotzdem zu unserem Staat, selbst mit allen seinen Schwächen, befreien müssen, daß wir aber an unserem Teile diese Schwächen abzustellen mit berufen sind.

Der Krieg hat in einer eindringlichen Sprache von der hohen Bedeutung unseres Staates geredet; er ist ein erfolgreicher Buchmeister zum erhöhten Staatsbewußtsein bei vielen gewesen. Wir alle, die wir den Krieg mit erlebt haben, sollten in Zukunft dem Staat noch freudiger dienen, als es vielfach vor dem Kriege geschah; wir werden die Lehren nicht bald vergessen, die die letzten Jahre gegeben haben. Über es ist auch eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft, auch die Jugend, die jetzt kaum flügge ist, zu rechter Staatsgesinnung zu erziehen. Vor Jahren ging eine Bewegung für eine verstetigte staatsbürgерliche Erziehung durch unser Volk. Diese Bewegung muß jetzt erst recht weite Wellen schlagen. Unser Staat muß vor der Jugend erwachen und endlich dascheinen in seiner ganzen Herrlichkeit, auch in seinem ganzen Verlangen nach neuen Opfern, neuer Verwaltung, Läuterung, Erhebung. Er muß vor ihnen dascheinen mit all den Einrichtungen und Organen, die das Ganze seines Wesens und Lebens bilden. Es ist selbstverständlich, daß unsere Jugend zur Einsicht kommen muß in das Wesen und Gewordensein unseres Staates; diese Einsicht ist, wie ein gewisses Gemeinsamkeitsgefühl, die erste Stufe der Staatsgesinnung. Die rechte Staatsgesinnung war zeit ebenso sehr im Gefühl und im Wollen wie im Erkennen. Es kommt daher darauf an, den ganzen Menschen zu erfassen was natürlich in jedem Fach möglich ist, ihn einzuleiten, sein Ich zu besiegen, auch für andere zu leben seinen Willen zu bändigen und dabei die Notwendigkeit und Hoheit des Staates zu verstehen. Es wird ungemein viel auf den Lehrer ankommen, wie er selbst zum Staat steht. Die Persönlichkeit tut hier das meiste. Der Erzieher sollte das Niederschlagswort, aber im umgekehrten Sinne, recht lebendig machen: Der wahre Mensch hat nur Geltung innerhalb des Staates; er ist überflüssig, ja unmöglich, wo dieser fehlt.

Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Belgien.

Eine neue Konferenz in Paris?

Noch der Neuen Berliner Zeitung ist davon die Rede, daß eine unmittelbare Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien im Bereich der Möglichkeit liegt, Verhandlungen allerdings, deren Ort auf dringendes Betreiben der französischen Regierung Paris sein soll. Es ist anzunehmen, daß sich heute im Laufe des Tages herausstellen wird, inwiefern diese Mitteilungen den Tatsachen entsprechen. Es sei auch damit zu rechnen, daß schon im Laufe des heutigen Tages gegebenenfalls über morgen, an Deutschland das telegraphische Gründen gehen wird, Delegierte zu entsenden.

Belgien drängt auf Zahlung.

Hinterlegung eines Golddepots.

Wie die Agence Belga mitteilt, hat der belgische Ministerpräsident Thonnis, der seine in Brüssel anwesenden Kollegen über die Lage auf dem Laufenden gehalten hatte, beschlossen, von Deutschland die Bezahlung der am 15. August und 15. September fälligen Zahlungen mit Schachseinen zu verlangen, die durch ein Golddepot sichergestellt werden sollen.

Das in eines der belgischen Regierung genommen Bank hinterlegt werden soll. Gestern vormittag notifizierte der Minister des Innern, Jasper, dem deutschen Gesandtschaftsrat Dr. Landsberg den Beschluß der belgischen Regierung.

Der Streit um die Prolongation.

Bemerkenswerte Auslassung des Kanzlers.

Dem Berliner Vertreter des Martin hat der Reichskanzler Dr. Wirth folgende Erklärungen abgegeben. Die deutsche Regierung hat in vollem guten Glauben versucht, den Anweisungen im letzten Bescheid der Reparationskommission eine konkrete Form zu geben. Sie hat ohne Vergug Verhandlungen mit Vertretern der belgischen Regierung begonnen und Vorschläge gemacht, um die für Belgien bestimmten Schachseine zu garantieren. Es war dies keine leichte Aufgabe denn die deutsche Regierung als solche ist nicht im Besitz von Wertien, die als Garantien gestellt werden können. Die Reichsbank hat in lokaler Weise sich, wie zur Bezahlung gestellt und erklärt, daß sie bereit sei, diese Schachseine gegen zuzeichnen unter der Bedingung, daß die Zahlungsfrist um sechs Monate verlängert werde. Die Reichsbank, die als Geschäftsinstitut geleitet wird und vor allen Dingen ihre Kaufmännische Ehre wahren muß, ist nicht in der Lage, in einer Frist von nur sechs Monaten die Summe von 270 Millionen Goldmark zu bezahlen. Die Reichsregierung bereitete, um eine Reihe Garantien zu erhalten, Verhandlungen mit der Industrie und den Privatbanken vor. Sie wollte außerdem Unterhandlungen mit dem Auslande, besonders mit England, zu einem positiven Ergebnis führen. Diese Kaufmännische Basis für das Abkommen mit Belgien bestand in Übereinstimmung mit der Entscheidung der Wiedergutmachungskommission, und wenn alles nach den Handelsgebräuchen abgelaufen wäre, hätte letzten Sonnabend bereits ein Vertrag abgeschlossen werden müssen. Unglückslicherweise wurde alles in Frage gestellt, weil die belgische Regierung an dem Buchstaben der Entscheidung der Reparationskommission sich klammert, die nur sechsmonatige Schachseine vorgesehen hat. Ich kann das nur bedauern, weil es weder unseren Interessen noch denen Europas dient. Ich kann nicht glauben, daß die Wiedergutmachungskommission sich einer Regelung widerlegt hätte, die die belgischen Delegierten zufriedenstellend gefunden hätten. Die Reparationskommission hat allerdings noch die Möglichkeit, die belgischen Zweifel zu begreifen, indem sie einer eventuellen Verlängerung der Zahlungsfrist zugestimmt. Das wäre die einfachste Lösung. Über man darf keine Zeit verlieren und jeder Tag, der verstrichen wird, nimmt uns die Möglichkeit der Reparationen. Ich hoffe, daß das augenblickliche Scheitern der Verhandlungen mit Belgien nicht eine Krise der Mark hervorrufen wird und daß sich die Lage bald auflöst. Die belgischen Vertreter selbst betonten, daß sie das größte Interesse daran hätten, einen weiteren Sturz der Mark aufzuhalten. Wir legen ebenfalls den größten Wert darauf, und man muss ohne Vergug handeln. Die Reichsregierung wird jede Regelung annehmen, die sie vor dem deutschen Volke vertreten kann. Unterseite kann sie aber auch keine Verpflichtungen eingehen, die sie, wie sie im voraus weiß, nicht erfüllen kann und die keine endgültige Lösung des Reparationsproblems herbeiführen.

Aufstellung der Reparationsfrage in Genf.

Wie Daily News berichtet, wird sich Lloyd George zur Böllerbunderversammlung nach Genf begeben. Wie aus Genf gemeldet wird, wird Lloyd George in der Frage, ob es ratsam sei, das gesamte Reparationsproblem offen vor der Böllerbundversammlung dargelegen, sich zweifellos von dem Staat Balfour und den anderen britischen Delegierten leiten lassen. Es sei jedoch klar, daß ein derartiges Schrift vieldeutige Zustimmung finden würde. Auch besteht Grund zu der Annahme, daß die Franzosen solchen allgemeinen Erörterungen durchaus nicht abgeneigt seien. Eine weitere Meldung aus Genf folgt, daß Lloyd George wahrscheinlich nächste Woche vor der Böllerbundversammlung eine Rede halten. Der Vorsitzende Berichterstattet des W.T.B. erfährt, die Reihe Lloyd Georges nach Genf zur Böllerbundversammlung werde nur zur Behandlung einer großen Frage unternommen werden.

Der Untersuchungsausschuß gegen die Reichswehr

hat sich am Montag konstituiert. Er geht öffentlich auf einen Antrag der Demokratischen Reichstagsfraktion